

5361/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G.Moser, Öllinger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

betreffend gesetzliche Verhinderung von Projektunterricht

Durch die Neuregelung des Gehaltsgesetzes werden Stunden, die wegen Projektunterricht, Lehrausgängen oder fächerübergreifenden Aktivitäten nicht gehalten werden können, nicht mehr bezahlt. Das führt dazu, daß diese Unterrichtsformen auf kaltem, gesetzlichem Weg implizit verhindert werden. Weil den Kollegen aus solidarischen Gründen keine Verdienstentgänge zugemutet werden könnten oder weil innerhalb der Schulen ein gewisser Druck entsteht, solche Verdienstentgänge nicht entstehen zu lassen, gehen immer mehr LehrerInnen dazu über, keinen solchen Unterricht mehr zu machen.

Frustriert werden dadurch vor allem die engagierten LehrerInnen, die bisher solche, meist aufwendige Projekte gemacht haben. Vor allem betroffen sind aber die Schülerinnen, deren Unterrichtsqualität durch diese Gesetzesnovelle drastisch sinkt. So konnte etwa an einer Linzer Schule eine Filmvorführung anlässlich der 50 - Jahr - Feier zur Erklärung der Menschenrechte nicht stattfinden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung?
- 2) War Ihnen die Tragweite der damaligen Novellierung bewußt?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie zur Förderung des Projektunterrichts etc. setzen, um den Verdienstentgang als Hindernis auszuschalten?
- 4) Welche Empfehlungen gehen an die Direktoren, wie sie im Falle von Interessenskollisionen unter KollegInnen entscheiden sollen?